

Protokoll:	Verwaltungsausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	661
		TOP:	4
	Verhandlung	Drucksache:	1051/2019
		GZ:	AKR 0505-00
Sitzungstermin:	04.12.2019		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	EBM Dr. Mayer		
Berichterstattung:	-		
Protokollführung:	Herr Häbe / pö		
Betreff:	Stellenplan 2020/2021 1. Organisationsuntersuchung Personalsachbearbeitung - Abschlussbericht 2. Stellenplanrechtliche Auswirkungen - geschäftskreisübergreifend		

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Allgemeine Verwaltung, Kultur und Recht vom 26.11.2019, GR Drs 1051/2019, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Vom Abschlussbericht des Projektes "Organisationsuntersuchung Personalsachbearbeitung" wird Kenntnis genommen (vgl. Anlage 1).
2. Zur Umsetzung des Projektergebnisses werden im Stellenplan 2020 folgende Stellen geschaffen
 - bei den dezentralen Personalstellen der Ämter die in Anlage 2 dargestellten 45,4 Stellen
 - beim Bereich "Ämterbetreuung" der Abteilung Personalservice des Haupt- und Personalamtes die in Anlage 3 dargestellten 4,2 Stellen
 - beim Bereich "Grundsatz" der Abteilung Personalservice des Haupt- und Personalamtes die in Anlage 4 dargestellten 9,0 Stellen.

3. Mit der GRDRs 893/2018 und GRDRs 928/2018 (dortige Anlage 6) wurden im Vorgriff auf den Stellenplan 2020 5,0 Springerstellen für einen zentralen Pool zur Personalsachbearbeitung geschaffen. Ziel dieser Stellenschaffungen war es, Belastungsspitzen in den Personalstellen der Fachämter auffangen zu können. Mit dem Ergebnis der Organisationsuntersuchung Personalsachbearbeitung sind diese Springerstellen aufzulösen. Die Stellen 100.0513.100, 100.0513.110, 100.0513.120, 100.0513.130 und 100.0513.140 werden deshalb zum Stellenplan 2020 gestrichen, vorhandenes Personal entsprechend auf die neuen Stellen im Haupt- und Personalamt umgesetzt.
4. Im Teilstellenplan des Jobcenters: Wegfall des kw-Vermerks bei der Stelle 290 0100 090 (0,50 EG 9c TVöD) zum Stellenplan 2020.
5. Im Teilstellenplan des Sozialamts: Wegfall des BP-Vermerks bei der Stelle 500 0101 029 (0,50 A 11) zum Stellenplan 2020.
6. Der im Projekt erarbeiteten Methodik zur Stellenbemessung bei den dezentralen Personalstellen der Ämter sowie bei der zentralen Ämterbetreuung bei der Abt. Personalservice des Haupt- und Personalamts wird zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, jeweils zum Doppelhaushalt eine Fortschreibung der Bemessung durchzuführen.
7. Die im Abschnitt "Finanzielle Auswirkungen" dargestellten zusätzlich erforderlichen Personalaufwendungen sind noch im Doppelhaushaltsplan 2020/2021 und der mittelfristigen Finanzplanung zu berücksichtigen.

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Auf Nachfrage von EBM Dr. Mayer wird ein einleitender Vortrag seitens der Verwaltung angesichts der gestern im Personalbeirat erfolgten ausführlichen Berichterstattung nicht gewünscht.

StR Adler (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei), StR Körner (SPD), StRin Nuber-Schöllhammer (90/GRÜNE), StRin Ripsam (CDU) und EBM Dr. Mayer bedanken sich bei allen an der Organisationsuntersuchung Beteiligten. Einen besonderen Dank spricht der Vorsitzende dem Gesamtpersonalrat (GPR) für dessen konstruktive Zusammenarbeit aus.

Für StR Adler zeigt die stattgefundenen Organisationsuntersuchung, dass die Notrufe aus den Ämtern angekommen sind und die Verwaltung die Bedeutung der Personalsachbearbeiterbereiche anerkannt hat. Mit dem vorgeschlagenen Stellenschlüssel (1 : 140) bleibe die Verwaltung mit ihrem Vorschlag allerdings hinter dem eigentlich Notwendigen zurück, um den anstehenden großen Herausforderungen gerecht werden zu können. An die Fraktionen appelliert er, bis zur abschließenden Entscheidung weitere Gespräche darüber zu führen, ob nicht doch dem Vorschlag der Projektgruppe (Stellenschlüssel 1 : 130) gefolgt werden könne.

Für die Haushaltsplanberatungen kündigt StR Körner im Namen seiner Fraktion an, dass sich die SPD-Gemeinderatsfraktion dem Ergebnis der Projektgruppe anschließen

wird. Die Vorsitzende des GPR, Frau Häußler, plädiert ebenfalls dafür, dem mehrheitlichen Ergebnis der Arbeitsgruppe zuzustimmen. Sie verweist darauf, dass der in den nächsten zehn Jahren anstehende 50%ige Austausch beim städtischen Personal immense Arbeitsleistungen der Personalverwaltung erfordert. Hervorgehoben wird dabei von Frau Häußler die Schaffung von 15 Grundsatzstellen (Verwaltungsvorschlag 9 Stellen). Die neu geschaffenen Stellen benötigten schließlich Fachwissen, um ihre Arbeit bewältigen zu können. Angesichts der bei den Eigenbetrieben, insbesondere beim AWS, vorhandenen Probleme bei der Personalsachbearbeitung müsse auf diese der bei der Stadtverwaltung angewendete Stellenschlüssel übertragen werden. Entsprechendes gehöre in die zur Beratung stehende Beschlussvorlage aufgenommen.

Lobend zum vorgeschlagenen Stellenaufwuchs äußert sich StRin Nuber-Schöllhammer. Diese zur Schaffung anstehenden 60 Stellen müssten nun zunächst gut besetzt werden. Sie geht davon aus, dass dadurch die Verwaltung deutlich handlungsfähiger werden wird. StRin Ripsam, die Unterstützung zum Beschlussantrag signalisiert, erachtet es als große Herausforderung, neben vielen anderen neu zu schaffenden Verwaltungsstellen die beantragten 60 Stellen zu besetzen. Dies gelte auch für deren räumliche Unterbringung.

Die Inhalte des Beschlussantrags bezeichnet EBM Dr. Mayer als großen Schritt. Derzeit gebe es in der Grundsatzabteilung des Haupt- und Personalamts 8 Stellen. Vorgeschlagen werde mit dem Beschlussantrag, dort weitere 9 Stellen zu schaffen. Zudem werde bei allen Personalstellen ein Stellenzuwachs von über 50 % vorgeschlagen. In etlichen Ämtern führe dies zu mehr als einer Halbierung der Fallzahlen. Die sich daraus ergebende Entlastung werde Raum schaffen, dass neben Personalverwaltung auch Personalservice stattfinden könne. Dieser Paradigmenwechsel werde auch gewollt.

Die Annahme von StRin Nuber-Schöllhammer, dass künftig geschaut wird, wo Nachjustierungen erforderlich sind, bestätigt der Vorsitzende. Und nachdem StRin Ripsam im selben Zusammenhang anmerkt, zu den Etatberatungen 2022/2023 könne durchaus erneut über die Personalbemessung im Bereich Personalsachbearbeitung gesprochen werden, erklärt der Erste Bürgermeister, das neue System werde von der Verwaltung im Vorfeld künftiger Etatberatungen im Sinne einer erneuten Personalbedarfsbemessung angewendet. Darüber hinaus werde dieses System natürlich evaluiert, und dabei werde der Frage nachgegangen, ob dieses System zu deutlichen und zu den gewünschten qualitativen Verbesserungen führe. Gegebenenfalls lasse sich somit natürlich die anstehende Entscheidung nochmals korrigieren.

Gegenüber Herrn Brause (GPR) betont er, der vorgeschlagene Stellenschlüssel basiere nicht auf einer willkürlichen Schätzung, sondern die Verwaltung habe ihr Ergebnis mit dem, was die Verwaltungsleitungen im September als Schätzungen abgegeben hätten, verprobt. Dabei habe sich gezeigt, dass diese Schätzungen mit dem von der Verwaltung vorgeschlagenen Stellenschlüssel übereinstimmten bzw. sogar noch etwas darüber hinausgingen. Aber nicht nur mit dieser Schätzung stimme der Schlüssel 1 : 140 überein, sondern damit werde noch über das hinausgegangen, was die Ämter Anfang des Jahres an Stellenplananträgen für ihre Personalstellen gestellt hätten.

Der Verwaltungsvorschlag sei nicht außerhalb des Projekts entwickelt worden. Wie üblich habe das Projekt aus einer Projektlenkungsgruppe (Entscheidungsgremium) und einer Projektgruppe bestanden. Die Projektgruppe habe sich überwiegend aus Vertretern der Personalstellen zusammengesetzt, und diese Projektgruppe habe sich mehr-

heitlich für einen Stellenschlüssel 1 : 130 ausgesprochen. Selbstverständlich könne die Projektlenkungsgruppe aber noch eigene Überlegungen anstellen.

Dies bekräftigend unterstreicht BMin Fezer, der Verwaltungsvorschlag stelle nicht nur aus Sicht der Steuerungsgruppe, sondern auch für das Jugendamt ein sehr gutes Ergebnis dar. Unter Berücksichtigung der verschiedenen Träger, die großzügig eingebaut worden seien, würden sich mit einer Ausnahme bei allen Ämtern Schlüssel von unter 1 : 140 ergeben. Bei dem einzigen Amt, das darüberliege, ergebe sich ein Schlüssel von 1: 140,09. Mit diesem Ergebnis habe sich die Personalverwaltung des Jugendamts sehr einverstanden gezeigt. Natürlich müsse geschaut werden, ob die Abläufe so wie erhofft funktionierten, ihr Referat sei hier jedoch sehr zuversichtlich.

Am Ende der Aussprache ist es für Frau Häußler wichtig, die Erwartung zum Ausdruck zu bringen, dass die Personalverwaltung im kommenden Jahr bei den sie selbst betreffenden Stellenbesetzungen einen gewissen Vorsprung erhält, um die sehr große Anzahl an Stellenbesetzungsverfahren für die Gesamtverwaltung besser schultern zu können; im Zusammenhang mit dem Stellenplan 2019/2020 sei der Beschluss gefasst worden, dass unabhängig von der Genehmigung des Etats einige Stellenbesetzungen vorgezogen werden. Ein entsprechender Vorschlag wird von EBM Dr. Mayer für dieses Jahr ebenfalls angekündigt. Vermieden gehöre, dass im ersten Halbjahr des Doppelhaushalts 2020/2021 Einstellungen unterbleiben müssten.

Danach stellt EBM Dr. Mayer fest:

Der Verwaltungsausschuss verweist diesen Tagesordnungspunkt ohne Votum an die nachfolgenden Gremien.

Zur Beurkundung

Häbe / pö

Verteiler:

- I. Referat AKR
zur Weiterbehandlung
Haupt- und Personalamt
Kulturamt (2)
weg. VA, GR

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. S/OB
 3. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
Liegenschaftsamt (2)
 4. Referat SOS
Statistisches Amt (2)
Amt für öffentliche Ordnung
Amt für Sport und Bewegung (2)
Branddirektion (2)
 5. Referat JB
Schulverwaltungsamt (2)
Jugendamt (2)
 6. Referat SI
Jobcenter
Sozialamt (2)
Gesundheitsamt (2)
 7. Referat SWU
Amt für Umweltschutz
Amt für Stadtplanung und Wohnen (3)
Baurechtsamt (2)
 8. Referat T
Stadtmessungsamt
Hochbauamt (2)
Tiefbauamt (2)
Garten-, Friedhofs- und Forstamt (2)
 9. GPR (2)
 10. Rechnungsprüfungsamt
 11. L/OB-K
 12. Hauptaktei

- III.
 1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 2. CDU-Fraktion
 3. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 4. SPD-Fraktion
 5. FDP-Fraktion
 6. Fraktion FW
 7. AfD-Fraktion
 8. Fraktionsgemeinschaft PULS

